

Als Omertà wird gemeinhin die Schweigepflicht von Mitgliedern der Mafia und ähnlicher krimineller Organisationen gegenüber Außenstehenden bezeichnet. Sie ist wesentlicher Bestandteil des Ehrenkodex solcher Organisationen, verlangt aber gleichzeitig ein unbedingtes Schweigen von Nichtmitgliedern, betroffenen Opfern und potentiellen Zeugen.

Mit Blick auf Indonesien, das bevölkerungsreichste und größte Land Südostasiens, ließe sich füglich von einer Super-Omertà sprechen. Bis heute nämlich werden seitens der dortigen staatlichen Instanzen sowie mehrerer mit Jakarta eng verbündeter westlicher Regierungsstellen in den USA, Britannien, Australien und eben auch seitens der Bundesrepublik Deutschland die Ereignisse der Jahre 1965/66 systematisch beschwiegen. Die während dieser Zeit exekutierte »Ausrottung und Vernichtung der Kommunisten« beziehungsweise tatsächlicher und/oder vermeintlicher Mitglieder der damals weltweit drittgrößten kommunistischen Partei, der kommunistischen Partei Indonesiens (PKI), wurde als notwendige Wahrung von »nationaler Sicherheit und staatlicher Ordnung« gepriesen und legitimiert. Demnach, so die offizielle Lesart, hätte sich die PKI in jener Zeit angeschickt, Indonesiens damalige Regierung unter Präsident Sukarno zu stürzen und das Land in den politischen Einflussbereich der VR China zu manövrieren. Eine andere Sicht der Dinge ist in Indonesien bis dato tabuisiert und wird mit mehr oder minder drakonischen Strafen sanktioniert.

Nur scheinbar konnten in den vergangenen Jahren neue Erkenntnisse über dieses finstere Kapitel der Nachkriegsgeschichte gewonnen werden. War es möglich, aufgrund des Freedom of Information Act seit 2001 freigegebene Dokumente über die Haltung diverser US-amerikanischer Regierungsstellen gegenüber der indonesischen Staatsführung ab Mitte der 1960er Jahre einzusehen und auszuwerten, bleiben wichtige Archive in jenen Ländern fest verschlossen, die damals und später, zusammengehalten von einem verbissenen Antikommunismus, dem auf die Regierung Sukarno folgendem Suharto-Regime bis zu dessen Ende im Frühjahr 1998 unverbrüchlich die Treue hielten – neben Britannien und Australien eben auch die Bundesrepublik.

Neue Dokumente

Bis dato geheime Akten des Bundesnachrichtendienstes (BND), bekannt gemacht in einer am 13. Juli auf dem Nachrichtenportal *t-online.de* veröffentlichten Arbeit eines dreiköpfigen Recharteams, bestehend aus Jonas Mueller-Töwe, Philip Friedrichs und Arno Wölk, zeigen, dass die Bundesrepublik Deutschland indonesische Militärs beim Putsch 1965 in weitaus größerem Maße unterstützt hatte, als dies in der Vergangenheit angenommen worden war. Nicht weniger als eine deutsche Mitverantwortung für Verbrechen gegen die Menschheit steht zur Debatte.¹

Die jetzt ausgewerteten umfangreichen Dokumente aus den Beständen des BND belegen, dass die indonesischen Putschgeneräle unter dem neuen starken Mann Suharto nicht nur heimlich mit 1,2 Millionen D-Mark finanziert werden sollten, sondern der BND und das Auswärtige Amt darüber hinaus über die antikommunistischen Massaker genau informiert waren. Ein auf den 3. November 1965 datierter BND-interner Bericht schildert demnach »ein regelrechtes Abschlagen von Kommunisten«. Nur fünf Tage später, am 8. November, wurde sodann in einem weiteren Dokument die an Deutschland gerichtete »dringende Bitte« indonesischer Generäle um finanzielle Hilfe erörtert. Die Junta erhoffte sich, durch die Barzahlung der oben genannten Summe die »antikommunistische Säuberungsaktion« fortsetzen zu können – konkret: das Geld einzusetzen »für Sonderaktionen gegen KP-Funktionäre und zur Durchführung von gesteuerten Demonstrationen« sowie für die Herstellung »antikommunistischen Propagandamaterials«.

Wie das Recharteam von *t-online.de* hervorhebt, war diese aktenkundige Überlegung dermaßen brisant, dass der Verfasser der Notiz bereits damals erhebliche Risiken ins Kalkül zog. »Eine etwaige Hilfe in der vorgesehenen Art könnte jedoch – bei Bekanntwerden – sowohl für den Geldgeber wie auch für den Empfänger

kaum übersehbare Folgen haben. Eine derartige Unterstützung kann daher überhaupt nur unter schärfster Abschirmung der Übermittlungswege gegeben werden.« Es ist unklar, schreibt das Recharteam, wie der BND und die Bundesregierung mit dieser Bitte aus Indonesien konkret verfahren: Während das vorliegende Dokument mit dem handschriftlichen Vermerk »Abgelehnt Nichteinmischung« gekennzeichnet ist, hielt der BND unter anderem die zugehörige »Beschaffungsbitte« aus Gründen des nachrichtendienstlichen Methodenschutzes zurück.

Das federführende Mitglied des Recharteams, Jonas Mueller-Töwe, verweist in diesem Zusammenhang auf gezahlte deutsche »Sondermittel«, die vom damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt und späteren Bundespräsidenten Karl Carstens letztlich bewilligt wurden. Nach heutigem Stand war Carstens zu seiner Zeit im Auswärtigen Amt Mitte der 1960er Jahre in mehrere verdeckte Waffenlieferungen unter Beteiligung des BND eingebunden. Die Affäre um die Waffenhandelsfirma Merex AG begleitete ihn mehrere Jahre.

Eine besondere Rolle im Rahmen dieses Deals spielte der indonesische Brigadegeneral Achmad Sukendro, der eigens am 26. November 1965 in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn von Carstens empfangen wurde. Das Memo des Treffens ist von Carstens selbst unterzeichnet. Darin hieß es, dass Außenminister Gerhard Schröder Sukendro empfangen habe. Ein, wie Jonas Mueller-Töwe zu Recht hervorhebt, außergewöhnlicher Kontakt für einen Militär ohne offizielle diplomatische Funktion.

Der ehemalige Geheimdienstler Sukendro agierte als wichtiges Scharnier zwischen der neuen Junta in Jakarta und der Außenwelt. Neben Bonn zählten zumindest die thailändische Hauptstadt Bangkok sowie mehrere Städte in den USA zu Anlaufstationen des Generals, wo es im Kern um finanzielle, technische, medizinische und logistische Hilfen sowie Waffenlieferungen für sein Land ging. Zu Sukendro pflegten deutsche Diplomaten ein vertrauensvolles Verhältnis, zumal der deutsche Botschafter in Jakarta den General als »einen der fähigsten und energischsten Antikommunisten« schätzte. Bereits im Vorfeld des Treffens in Bonn hatte der Botschafter an Staatssekretär Carstens gekabelt: »Schon vor Monaten« habe Sukendro ihm gesagt, »die Armee warte nur auf den Vorwand, die Kommunisten zu vernichten«.

Am 3. November 1965 hieß es im Bericht des BND aus Jakarta: »Auf Mittel- und Ostjava erfolgte zunächst ein regelrechtes Abschlagen von Kommunisten, in erster Linie durch fanatische Moslems. (...) Man lässt zumindest seitens der Armeeführung diesen anarchischen Geschehnissen bewusst freien Lauf (...). Die vielen antikommunistischen Aktionen (...) sind selbstverständlich von der Armeeführung sorgfältig vorbereitet und die Bereitschaft der Massen (...) hierfür geweckt.«

»Die Dokumente scheinen eine Mitverantwortung Deutschlands für die vorsätzliche und ungesetzliche Tötung von etwa einer halben Million Zivilisten zu zeigen sowie für die Masseninternierung von etwa einer Million weiterer«, sagte der Historiker Geoffrey B. Robinson von der University of California in Los Angeles dem *t-online.de*-Recharteam.² Und Robinson fügte hinzu: »Das würden wir heute Verbrechen gegen die Menschlichkeit nennen.«

Unwissenheit konnte bei den damaligen Entscheidungen der Bundesregierung keine Rolle gespielt haben: Am 11. Oktober 1965 erfuhr die Botschaft in Jakarta von den Putschplänen des Militärs, am 27. Oktober informierte sie Bonn über tödliche Gewalt. Am 3. November schilderte der nun vorliegende BND-Bericht das »Abschlagen von Kommunisten«, am 14. Dezember berichtete der deutsche Botschafter dem Auswärtigen Amt von mindestens 128.000 Toten und vermutlich mehreren hunderttausend Inhaftierten. Zeitgleich standen die Diplomaten in Kontakt mit den Militärs und verhandelten über wirtschaftliche Hilfen.

»Der Genozid in Indonesien«, erklärte der Regisseur Joshua Oppenheimer³ gegenüber den Autoren Philip Friedrichs und Arno Wölk, »ist deshalb so besonders, weil er nicht im Rahmen eines Krieges stattgefunden hat. Und, weil die Täter gewonnen haben.« Während die Überlebenden und Angehörigen der Toten zum Schweigen gebracht wurden, so Oppenheimer, konnten »die

Kartell des Schw

Das Massaker in Indonesien 1965/66 ■ (Teil I):

Die Verstrickungen der damaligen Bundesregierung und des Bundesnachrichtendienstes mit der Militärjunta waren we als bislang angenommen. Von Rainer Werning



Ein Herz und eine Seele, ein Massenmörder und sein Förderer: Der indonesische Präsident Suharto und Bundeska

Täter gar nicht aufhören, zu prahlen«. Etliche von ihnen bekleiden auch heute noch in Indonesien ungeniert hohe politische, wirtschaftliche und militärische Ämter.

Schützenhilfe seitens der BRD

Helfershelfer Suhartos war seitens der Bundesrepublik nicht nur der BND, der die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen unterstützte, sondern dazu gehörten auch die Bundeswehr und der Bundesgrenzschutz. Letztere lieferten für die fernen Freunde Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehr-Akademie in Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG 9 in Hangelar bei Bonn.

Für die in- wie ausländische Imagepflege Suhartos als stets »lächelnden General« zeichnete ausgerechnet Rudolf Oebser-Röder, ehemals glühender Nazi und SS-Obersturmbannführer, verantwortlich. Nach dem Krieg war Röder unter anderem hauptberuflich für die Organisation Gehlen, dem Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes, tätig. Später arbeitete er in Jakarta unter dem Namen O.G. Roeder sowohl für den BND wie auch als Korrespondent für die *Süddeutsche Zeitung* und die *Neue Zürcher Zeitung*. In der indonesischen Metropole gelang es ihm, Zugang zu Suharto zu finden und sich ihm als Berater und Biograph anzudienen.

Roeders Chef, der ehemalige Nazi und erste Präsident des BND bis 1968, Reinhard Gehlen, hatte in seinen 1971 veröffentlichten Memoiren »Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971« zum

Machantritt Suhartos geschrieben: »Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.«

»Die rächende Armee hat nicht gezögert«, hatte Peter Christian Hauswedell bereits am 3. November 1967 in der *Zeit* geschrieben, »die einmalige Chance zur Vernichtung ihres einzigen Rivalen wahrzunehmen. Mit offizieller Billigung, ausgeführt von der Armee, von militanten Jugendgruppen der Moslems und der PNI (Partai Nasional Indonesia), begann dann der wohl größte Massenmord seit Hitlers Tagen. Er kam einem Pogrom der PKI-Anhänger gleich und wurde schließlich – außer Kontrolle geraten – zu einem nationalen Amoklauf, wobei Privatfehden und allgemeine soziale Konflikte unter dem bequemen Deckmantel des Antikommunismus bereinigt wurden.«

Erst knapp fünf Dekaden nach den blutigen Ereignissen in dem südoastasiatischen Inselstaat rückte Indonesien partiell und auch nur kurz ins Blickfeld der Berliner Politik. Dazu beigetragen hatte eine kleine Anfrage von Mitgliedern der Fraktion Die Linke im Bundestag. In der Antwort auf diese Anfrage⁴ äußerte sich die Bundesregierung beispielsweise zum Themenkomplex der militärischen Zusammenarbeit mit Indonesien wie folgt: »Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen der bilateralen Beziehungen den indonesischen Transformationsprozess hin zu einem demokratischen Rechtsstaat. Dazu gehört auch die militärische Kooperation der Bundeswehr mit den indonesischen Streitkräften. Sie ist ein Instrument

weigens

les
eitais tiefer,



Chancellor Helmut Kohl am 11. Juli 1996 im Herzzentrum in Bad Oeynhausen.

präventiver Sicherheitspolitik.« Laut Ausführungen der Bundesregierung hielten sich zwischen 1960 und 1998 im Rahmen der Militärischen Ausbildungshilfe (MAH) insgesamt 122 indonesische Soldaten als Lehrgangsteilnehmer an Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Deutschland auf.

Auf solche Fragen wie »Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die direkte oder indirekte Unterstützung der Massaker durch ausländische Regierungen, Geheimdienste oder andere Organisationen?« oder zur Rolle des BND während dieser »Geschehnisse« fielen die Antworten stets dürr aus beziehungsweise schob man zur Begründung die Wahrung staatlicher Sicherheitsinteressen vor: »Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass eine Beantwortung nicht offen erfolgen kann. Die erbetenen Auskünfte sind geheimhaltungsbedürftig, da sie Hinweise zu nachrichtendienstlichen Quellen enthalten.« Erstaunlich, wie die eingangs erwähnte Omertà auch ein halbes Jahrhundert später den Verhaltenskodex von Politikern und Diplomaten prägt, die sich ansonsten als Sendboten »der westlichen Wertegemeinschaft« verstehen und andernorts schnell und laut die Stimme erheben, wenn es gilt, auf »Freedom and Democracy« zu pochen.

Suhartos langer Arm

»Die Bundesregierung sollte nicht dulden, dass auf ihrem Gebiet totalitäre Ansprüche ausländischer Regierungen verwirklicht werden können.« Mit diesem Satz endete 1967 ein Artikel in der *Freiburger Studentenzeitung*, in dem berichtet wurde, dass die indonesische Regierung unter Suhar-

to indonesische Studierende sogar in Deutschland überwachte, drangsalierte und bedrohte. »Suhartos Regentschaft«, schrieb Irina Grimm in ihrem 2019 im Berliner Regiospectra-Verlag erschienenen Buch über des Präsidenten langen Arm in der BRD, »zeichnete vor allem ein straffer antikommunistischer Kurs aus, der vom Westen wohlwollend gesehen und gleichzeitig gefördert wurde.«

Viele Studierende aus Indonesien zog es an westdeutsche Universitäten: 905 waren es laut Grimm im Wintersemester 1967/68, in den folgenden zehn Jahren stieg ihre Zahl auf mehr als 3.400 an. Rund 38 Prozent der im Ausland studierenden Indonesier entscheiden sich Ende der 1970er für ein Studium in der BRD. Die meisten traten der Vereinigung Indonesischer Studierender (PPI) bei, die bereits 1956 gegründet worden war. Obwohl die PPI von Anfang an als regierungsnah galt, war die Mitgliedschaft zunächst freiwillig. Später avancierte sie zum Büttel eines staatlich dekretierten Antikommunismus.

Indonesische Studierende mussten laut Grimm seit Ende 1966 in Deutschland ein patriotisches und antikommunistisches Gelöbnis auf den indonesischen Staat ablegen, in dem sie auch versprachen, »diejenigen, die sich gegen die »Neue Ordnung« stellen, tatkräftig zu verurteilen und zu liquidieren«. Grimm sieht es als erwiesen an, »dass die indonesische Regierung ihre im Ausland studierenden Landsleute zur Verfolgung kommunistischer und oppositioneller Gruppen im Ausland, insbesondere in der Bundesrepublik in den Jahren 1966 und 1967 aufrief«.

Demnach hatten Mitarbeiter des indonesischen Außenministeriums einen umfangreichen Frage-

bogen entworfen, um Studierende im Ausland zu traktieren. Dieser mit nicht weniger als 40 Fragen gespickte Katalog diente letztlich dazu, die Jugendlichen rundum zu »domestizieren«, sie in allseits gefügige Untertanen oder willige Denunzianten zu verwandeln. Zuwiderhandlungen waren zwecklos, weil dann die Gefahr drohte, dass der Reisepass einhalten beziehungsweise nicht mehr verlängert wurde. Wengleich deutsche Kommilitonen und ihre Medien sich solidarisch zeigten und die Bundesregierung in Bonn aufforderten, »die illegalen Handlungen der indonesischen Botschaft« zu beenden, geschah nichts. In Bonn waren und blieben »die freundschaftlichen Verhältnisse zur Republik Indonesien« prioritär. Und man begnügte sich mit der lauwarmer Erklärung indonesischer Diplomaten, künftig solche Befragungen einzustellen.

Dominotheorie

Vor 55 Jahren entfesselte das indonesische Militär im Zeichen eines aggressiven Antikommunismus das bis dahin größte Massaker nach dem Zweiten Weltkrieg. Was die USA 1965/66, auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges, nicht vermochten, sollte ihnen zur gleichen Zeit in Indonesien gelingen. Nutznießer dieser Entwicklung war ein Militärregime unter Führung von General Suharto, der bis zum Ende seiner Amtszeit 1998 vorbehaltlos Rückendeckung seitens der »westlichen Wertegemeinschaft« genoss. Anstatt die Opfer des Massakers zu rehabilitieren, sind in Jakarta Bestrebungen im Gange, Suharto als »Nationalhelden« zu stilisieren und Amnesie als politisches Grundsatzprogramm zu verankern.

1965 war ein in vielfacher Hinsicht bedeutungsvolles Jahr. In Vietnam befand sich die unangefochtene Führungsmacht des »freien Westens«, die USA, auf dem Höhepunkt eines Krieges, den sie trotz des Einsatzes einer gewaltigen Kriegsmaschinerie und B-52-Flächenbombardements nicht gewinnen konnten. Ein Krieg allerdings, der dennoch ein weiteres Jahrzehnt geführt wurde, weil man in Washington noch immer ernsthaft an die 1954 von Präsident Dwight D. Eisenhower verkündete Dominotheorie glaubte. Eine im Kern dumpfe Theorie, wonach andere Staaten in Südost- und Ostasien wie Thailand, Malaysia, Indonesien und Südkorea der Reihe nach – eben wie Dominosteine – umkippen und so in den Machtbereich des Kommunismus geraten könnten, würde der Krieg in Vietnam nicht von einem Sieg gekrönt.

Im Herbst 1965 erfolgten in Indonesien Weichenstellungen für einen schockartigen Wandel in der ganzen Gesellschaft, in Politik, Wirtschaft und Kultur, unter deren fürchterlichen Konsequenzen ein Großteil seiner Bevölkerung bis heute leidet. Geschmiedet wurden Pläne dazu bereits Jahre zuvor, als sich im Rahmen hitzig diskutierter Modernisierungstheorien auch indonesische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler vermehrt anschickten, an renommierten Universitäten in den USA sowie in Europa zu studieren, um sich anschließend in den Dienst ihres Landes zu stellen und als dessen kompetente Bürokratie den Weg »in die Moderne« zu weisen.

Anmerkungen

- 1 Ausführlich dazu: <https://kurzlinks.de/Indonesien-deutschlands-heimliche-hilfe>
- 2 Das *t-online.de*-Rechercheteam spricht in seinem Bericht von »Hunderttausenden (ermordeter) Zivilisten«. Schätzungen variieren zwischen 500.000 und bis zu drei Millionen Toten. Der neueste Stand der Forschung geht davon aus, dass dem Militär bei den Massakern die zentrale Rolle zukam.
- 3 Der Regisseur Joshua Oppenheimer wurde international bekannt durch seine beiden mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilme »The Act of Killing« (2012) und »The Look at Silence« (2014), die jeweils aus der Perspektive der Täter und der Opfer die Ereignisse in Indonesien Mitte der 1960er Jahre zum Thema haben.
- 4 Deutscher Bundestag Drucksache 18/1554, 18. Wahlperiode 27.5.2014: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Jan van Aken, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/015/1801554.pdf>

Literatur

- Irina Grimm: Zwischen Repression und Opposition. Indonesische Studierende in der Bundesrepublik (1965–1998). Berlin 2019
- Peter Hammerschmidt: Deckname Adler: Klaus Barbie und die westlichen Geheimdienste. Frankfurt am Main 2014
- Peter Christian Hauswedell: Was geschah 1965 in Indonesien? Größtes Massaker seit Hitlers Tagen – Die Vernichtung einer kommunistischen Partei, in: *Die Zeit* vom 3.11.1967
- Anett Keller (Hg.): Indonesien 1965 ff.: Die Gegenwart eines Massenmordes. Ein politisches Lesebuch. Berlin 2015
- Matthias Ritzi und Erich Schmidt-Eenboom: Im Schatten des Dritten Reiches: Der BND und sein Agent Richard Christmann. Berlin 2011
- O. G. Roeder: The Smiling General: President Soeharto of Indonesia. Djakarta/Tokyo 1969
- Till Florian Tömmel: Bonn, Jakarta und der Kalte Krieg: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Indonesien von 1952 bis 1973. Berlin/Boston 2018
- Rainer Werning: Der Archipel Suharto, in: *Osnabrücker Jahrbuch für Frieden und Wissenschaft* 15, 2008, S. 183–199
- ders.: Putsch nach »Putschchen«, in: *junge Welt* (Berlin) vom 1.10.2015

■ Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien, schrieb auf diesen Seiten zuletzt am 17. Oktober 2019 über das Kriegsrechtsregime des philippinischen Präsidenten Duterte.

Lesen Sie morgen auf den/iW-Themaseiten:

Washingtons Beitrag. Das Massaker in Indonesien 1965/66 (Teil 2)

Von Rainer Werning